

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

martin.kocher@bma.gv.at
+43 1 711 00-0
Taborstraße 1-3, 1020 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.047.957

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5052/J-NR/2021

Wien, am 19. März 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Herr, Genossinnen und Genossen haben am 20.01.2021 unter der **Nr. 5052/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Druck auf arbeitslose Personen und dessen Folgen** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Welche wissenschaftliche Grundlage deckt die, von Ihnen als „Binsenweisheit“ bezeichnete, Annahme, dass eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes den Anreiz zur Suche und Annahme eines Jobs senken würde?*

Die wissenschaftlichen Grundlagen werden in Kapitel 4 „Wesentliche Steuerungselemente in der Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung“ der Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) „Szenarien der Gestaltung von Existenzsicherungsleistungen der Arbeitslosenversicherung“ (Oktober 2019) kurz referiert. Der zentrale Satz lautet dabei: „Zwar gibt es aus theoretischer Sicht einen Konsens darüber, dass höhere Leistungen der Arbeitslosenversicherung auch zu längeren Arbeitslosigkeitsdauern führen, allerdings zeigt die empirische Evidenz, dass die Höhe des geschätzten Effektes stark variiert“ (Card et al., 2015). Dies hängt damit zusammen, dass eine Vielzahl von Faktoren die Beschäftigungsaufnahmen beeinflussen: Unter anderem die Verfügbarkeit von Jobs, Sanktionen bei Verweigerung einer Beschäftigung, Vermittlungsunterstützungen seitens des AMS oder die Höhe der Mindestlöhne.

(https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=62468&mime_type=application/pdf)

Zur Frage 2

- *Auf Basis welcher wissenschaftlicher Annahmen kommen Sie zur Annahme, dass ein degressives Arbeitslosengeldmodell, welches zu Anfangs höher ist und dann gar unter den aktuellen Wert von 55% Nettoersatzrate sinkt, hilft, Menschen in Beschäftigung zu bringen?*

Wie in der Beantwortung zur Frage 1 bereits ausgeführt, hängt die Aufnahme einer Beschäftigung durch arbeitslose Personen von einer Vielzahl von Faktoren ab. Wenn alle anderen Einflussfaktoren konstant gehalten werden (*ceteris paribus*), dann führt eine über die Zeit der Arbeitslosigkeit sinkende Ersatzquote zu einem stärkeren Anreiz zur Arbeitsaufnahme bei fortdauernder Arbeitslosigkeit und damit zu einer niedrigeren Arbeitslosigkeit.

Zur Frage 3

- *Sie sagen selbst, dass Studien zum Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld rar sind. Werden Sie Studien zum Vergleich des aktuellen Arbeitslosenmodell mit einer grundsätzlichen Erhöhung auf 70% der Nettoersatzrate auf der einen und einem degressiven Modell auf der anderen Seite in Auftrag geben?*
 - *Werden Sie ein Ergebnis einer solchen Studie vor dem Setzen weiterer Schritte abwarten?*
 - *Werden diese Studien auch soziale und gesundheitliche Folgen für betroffene Personen und die Gesamtgesellschaft inkludieren?*

Grundsätzlich befürworte ich die Erstellung von Studien zur Begleitung von Reformschritten in der Arbeitsmarktpolitik. Bevor es zu Reformen kommen wird – die jedenfalls aufgrund der Pandemie nicht unmittelbar bevorstehen – wird mein Ressort die vorhandene theoretische und empirische Evidenz für und gegen verschiedene Modelle in der Arbeitslosenversicherung sichten und dann, je nach Notwendigkeit, entscheiden, ob zusätzliche Forschungsarbeiten sinnvoll und angebracht sind.

Zur Frage 4

- *Die Zahl der Langzeitarbeitslosigkeit lag den AMS Zahlen für Dezember 2020 zufolge bei 81.513. Auch ein Jahr zuvor waren bereits 49.020 Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Auf die Frage nach einer Wiederbelebung der Aktion 20.000 antworten Sie im [derstandard.at-Interview](#) (14.1.2021) mit: „Langzeitarbeitslose, die aufgrund der Pandemie ihren Job verloren haben und keinen bekommen, sind weniger stigmatisiert als Arbeitslose vor der Krise. Aber es*

stimmt, wir müssen uns ohne Scheuklappen dem Problem stellen. Es wird den Begriff "Aktion 20.000" nicht mehr geben. Es gibt auch jetzt aktive Beschäftigungsmodelle. Mein Zugang ist pragmatisch. Die Aktion 20.000 hat in gewissen Bereichen funktioniert, in der Breite war sie zu groß angesetzt." Darin erteilen Sie nur dem Begriff „Aktion 20.000“ eine Absage, dem Ansatz selbst jedoch nicht vollständig. Welche Maßnahmen zur Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit werden Sie setzen?

- Ist eine Wiederbelebung der Aktion 20.000 unter einem anderen Namen geplant?*
- Wie soll ein neues oder ähnliches Konzept gegen Langzeitarbeitslosigkeit ausschauen?*

Mit der in der Krise zunehmenden Langzeitbeschäftigungslosigkeit steigt der Bedarf, neben der vor allem auf Qualifizierungen ausgerichteten Corona-Joboffensive auch Antworten im Bereich der Beschäftigungsförderung zu finden. Mein Ziel ist dabei aber nicht die Wiederbelebung der Aktion 20.000, die unter anderem zu wenig auf die Heterogenität der Zielgruppenpersonen und Beschäftigungspotenziale ausgerichtet sowie relativ kostenintensiv und überdimensioniert konzipiert war. Vielmehr geht es darum, auf Grundlage der weitreichenden Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen der Beschäftigungsförderung möglichst zielgenau auf die Bedarfe abgestimmte und effiziente Maßnahmenansätze zu entwickeln und zeitgerecht umzusetzen.

Hinsichtlich der Umsetzung eines derartigen Vorhabens muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Arbeitsmarktpolitik auch aktuell zahlreiche Angebote für Langzeitbeschäftigungslose bereithält, die teilweise aufgestockt wurden. Es ist außerdem zu beachten, dass derzeit wesentliche Ressourcen im AMS an die Abwicklung der Kurzarbeitsbeihilfe und die Durchführung der Corona-Joboffensive gebunden sind.

Zur Frage 5

- *Haben Sie oder Ihr Ministerium Studien, Daten oder wissenschaftliche Grundlagen, wie sich das von Ihnen angesprochene degressive Arbeitslosengeldmodell auf Langzeitarbeitslose auswirken wird?*
 - Wenn ja, wie lauten deren Aussagen?*
 - Wenn nein, bis wann planen Sie diese zu erheben und zu veröffentlichen?*

Wie in der Beantwortung zur Frage 1 bereits ausgeführt, würde ein degressiver Verlauf des Arbeitslosengeldes/der Notstandshilfe (ceteris paribus) den Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhöhen. Wie in der oben zitierten WIFO-Forschungsarbeit allerdings auch ausgeführt wird, ist dabei auf das Zusammenwirken von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe mit der Sozialhilfe Rücksicht zu nehmen.

Zur Frage 6

- *Arbeitslose sind bereits jetzt verpflichtet Schulungen und Jobangeboten nachzukommen. Beispielsweise kann der Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren gehen, wenn die Annahme einer zumutbaren Beschäftigung abgelehnt wird. Ist dies nicht bereits Anreiz genug, eine Beschäftigung zu suchen und anzunehmen?*
 - *Wenn ja, warum befürworten Sie dann trotzdem ein degressives Arbeitslosengeld mit der Begründung, die Motivation bei der Jobsuche erhöhen zu wollen?*
 - *Wenn nein, welche zusätzliche Anreize liefert ein degressives Arbeitslosengeldmodell zur aktuellen Regelung?*

Meinungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts.

Zur Frage 7

- *Im bereits genannten derstandard.at-Interview begegnen Sie dem Einwand gegen ein degressives Arbeitslosengeldmodell, wonach aktuell auf 520.000 Arbeitslose nur 50.000 offene Stellen kommen, mit der Aussage, dass dieses Verhältnis von 1 :10 hoffentlich nur zeitlich der Fall sein wird. Bei welchem Verhältnis sind für Sie die Voraussetzungen für ein degressives Arbeitslosengeld gegeben?*
 - *Mit welcher Begründung?*

Die Gegenüberstellung aller Arbeitslosen mit allen offenen Stellen zu einem gewissen Zeitpunkt ist eine statische Betrachtung, die der Dynamik am Arbeitsmarkt, also dem Verlauf von Beendigungen und Aufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen, nicht gerecht wird. Zudem bestehen regionale und qualifikatorische Ungleichgewichte zwischen den gemeldeten offenen Stellen und den vorgemerkten arbeitslosen Personen. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Zielsetzung, dass nach der Corona-Pandemie im folgenden Aufschwung so viele Arbeitsplätze wie möglich mit arbeitslosen Personen besetzt werden. Dafür wurde unter anderem das Qualifizierungsangebot im Rahmen der Corona-Joboffensive konzipiert.

Zur Frage 8

- *Auf der Seite des Öffentlichen Gesundheitsportals Österreichs (gesundheit.gv.at) werden neben den finanziellen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auch die gesundheitlichen angeführt: Durch Stress, Ausschluss aus sozialen Kontakten, Verlust von Anerkennung und Überforderung kommt es zu Unwohlsein, psychosomatischen Beschwerden wie Kopf- und Rückenschmerzen, Niedergeschlagenheit, Lebensunzufriedenheit, Verringerung des Selbstwertgefühls, Angst sowie Depression, aber auch zu Erhöhung des Körpergewichts, Erhöhung des Blutdrucks, Erhöhung des Cholesterinspiegels, Übergang bereits vorhandener*

Erkrankungen in einen chronischen Zustand, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Erschöpfungszustände sowie allgemeine Schwächung des Immunsystems und damit erhöhte Infektionsanfälligkeit.

- Inwieweit berücksichtigen Sie gesundheitliche Folgen für arbeitslose Personen in Ihren Überlegungen zu Arbeitsmarkt und Arbeitslosengeld?*
- Inwieweit berücksichtigen Sie deren gesamtgesellschaftlichen Kosten - wie die Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem - in Ihren Überlegungen zu Arbeitsmarkt und Arbeitslosengeld?*
- Inwieweit berücksichtigen Sie einen noch höheren Stressfaktor in einem degressive Arbeitslosengeldmodell bei Ihren Überlegungen zu Arbeitsmarkt und Arbeitslosengeld?*
- Inwieweit berücksichtigen Sie die hemmende Wirkung gesundheitlicher Folgen durch Arbeitslosigkeit bei der Suche nach Arbeit?*
- Verstärkt eine Darstellung von Arbeitslosen als unzureichend motiviert, wie dies einem degressiven Arbeitslosengeldmodell zugrunde liegt, nicht den Druck auf und die Stigmatisierung von Arbeitslosen und damit auch die daraus resultierenden gesundheitlichen Folgen?*
- Ist dieses Modell daher nicht kontraproduktiv für das Ziel, Menschen rasch in Beschäftigung zu bringen?*

Die gesundheitlichen und gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit sind selbstverständlich zu berücksichtigen. Daher arbeitet die Bundesregierung mit allen Mitteln daran, die Arbeitslosigkeit, insbesondere nach dem Ende der Pandemie, so rasch wie möglich wieder zu reduzieren und Menschen in Beschäftigung zu bringen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

